Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
in dem Parteiordnungsverfahren
16/1976/P
21.04.1977

des Vorstandes des SPD-Ortsvereins H,
vertreten durch den 1. Vorsitzenden C aus H

- Antragsteller und Berufungsantragsteller zu 2) -

g e g e n

K aus H

- Antragsgegner und Berufungsantragsteller zu 1) -

Beistand:

S, c/o Jungsozialisten-Bundesvorstand aus B

beigeladen:

SPD-Kreisverband R-N,
vertreten durch W aus W-B

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung vom 21. April 1977 unter Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)

Dr. Johannes Strelitz und

Ludwig Metzger

entschieden:

Unter Abänderung der Entscheidung der Schiedskommission
des Landesverbandes B vom 4. Oktober 1976 wird K das Recht
zur Bekleidung von Funktionen für die Dauer von zwei Jahren
aberkannt. Diese Frist beginnt mit dem Tag der Entscheidung.

Tatbestand

Der Genosse K wurde am 11.1.1974 zum Vorsitzenden im Ortsverein H gewählt. Schon zu diesem Zeitpunkt bestanden erhebliche Spannungen im Ortsverein zwischen der von dem Genossen K angeführten Gruppe sowie denjenigen, die den SPD-Bürgermeister Dr. B und die Gemeinderatsfraktion unterstützten.

Trotz der Einwände des Kreisvorstandes, es sei ein Verfahren im Gange, das die Anfechtung dieser Wahl durch die Gruppe des Genossen B betreffe, führte K am 1.3.1974 eine Mitgliederversammlung durch, auf der die Kandidatenwahlen für die Gemeinderatswahlen durchgeführten wurden, die über ein Jahr später, nämlich am 20. April 1975, stattfinden sollten. Auf der Kandidatenliste stand der Genosse K an erster Stelle, während die bisherigen SPD-Stadträte nicht mehr vertreten waren. Als Grund für die Wahl wurde angegeben, daß die Fraktionsmitglieder inaktiv gewesen seien und jungen Genossen eine Chance eingeräumt werden sollte.

Gegen diese Liste wehrten sich die Mitglieder der Fraktion und sprachen auf der Mitgliederversammlung vom 13.9.1974, verstärkt durch neue Mitglieder, dem Vorstand und damit auch dem Genossen K das Mißtrauen aus. Als daraufhin der Genosse K die Mitgliederversammlung gegen den Willen der Mehrheit schloß, übernahm der Genosse C als 2. Vorsitzender die Leitung der Versammlung.

Am 27.9.1974 wurde auf einer durch den 2. Vorsitzenden einberufenen Mitgliederversammlung der bisherige Vorstand abgewählt.

Als auf Initiative des neuen Vorstandes rechtzeitig eine neue Liste für die Gemeinderatswahlen zustande kam, rief K die Schiedskommissionen und die ordentlichen Gerichte an, um eine Bestätigung seiner Auffassung zu erlangen, daß die bisherigen Wahlen insgesamt unwirksam seien. Während die Landesschiedskommission am 7.1.1975 dem Einspruch der Anhänger K's stattgab, entschied das OLG K am 19.3.1975, daß die Vorstandswahlen wirksam zustandegekommen waren. Die Landesschiedskommission stellte fest, daß auch die Einreichung der neuen Liste nicht zu beanstanden war.

Am 3.1.1975 beschloß der Ortsverein H als Antragsteller die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens gegen K mit dem Ziel des Ausschlusses. Zur Begründung wurden ihm neben Unregelmäßigkeiten der Kassenführung Verstöße gegen die Statuten vorgeworfen Er habe versucht, in seiner Position als damaliger Ortsvereinsvorsitzender zu seinen Gunsten zu manipulieren und den Parteistreit in die Öffentlichkeit getragen. Damit habe er der Partei bei den Kommunalwahlen erheblichen Schaden zugefügt.

Während dieses Verfahrens in der ersten Instanz schwebte, erschien ein Flugblatt der Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaften unter dem Titel „Skandal“, in dem beleidigende Vorwürfe gegen den SPD-Bürgermeister und die Mitglieder der Fraktion erhoben wurden.

Am 15.3.1975 unterbreitete die Schiedskommission der ersten Instanz einen Vergleichsvorschlag, der von beiden Seiten angenommen wurde. Allerdings erhielten die Parteien eine Frist zur Ablehnung dieser Einigung bis zum 18. März 1975, 16.00 Uhr. Unabhängig von der Möglichkeit des Widerrufs verpflichteten sie sich jedoch, bis zum 19.3.1975, 7.30 Uhr dem Inhalt dieser Vereinbarung widersprechende Aktivitäten zu unterlassen.

Trotzdem reichte der Genosse K, der nicht mehr Vorsitzender des Ortsvereins war, am 18. März 1975 die am 1.3.1974 beschlossene Liste für die Gemeinderatswahlen ein.

Am gleichen Tag erfolgte der Widerruf des Vergleichsvorschlages durch den Antragsteller. Der Ausschlußantrag wurde nunmehr auch auf die Einreichung der Liste und die Verletzung des Vergleichs gestützt.

Die Schiedskommission hat den Genossen K in erster Instanz ausgeschlossen. In ihrer Begründung führte sie u.a. aus, daß K der Partei schweren Schaden zugefügt habe, indem er gegen die Ordnung der Partei verstoßen habe. Ohne dazu befugt zu sein, habe er die alte Liste eingereicht. An den Vergleichsvorschlag habe er sich unberechtigterweise nicht mehr gebunden gefühlt.

Nach allem sei auf Ausschluß zu erkennen gewesen, da der Genosse K gegen den Grundsatz der Einheitlichkeit des Auftretens der Partei nach außen verstoßen habe, was sich gerade in Wahlkampfzeiten besonders schädigend auswirke.

Die Landesschiedskommission hat durch ihren Beschluß vom 4. Oktober 1976 die Entscheidung der Vorinstanz dahingehend abgeändert, daß dem Genossen K das Recht zur Bekleidung aller Funktionen für die Dauer von drei Jahren aberkannt wurde.

In ihrer Begründung wirft sie dem Genossen K vor, daß er versucht habe, innerparteiliche Beschlüsse durch die ordentliche Gerichtsbarkeit zu korrigieren und verlorenen innerparteilichen Einfluß nicht auf dem Weg der fairen Auseinandersetzung wiederzugewinnen. Er habe durch das ihm vorgeworfene Verhalten bezüglich seiner Tätigkeit als Ortsvereinsvorsitzender sich unloyal gegenüber der Partei gezeigt und ihr Schaden zugefügt.

Gegen diese Entscheidung legte der Ortsverein H mit Schriftsatz vom 12.11.1976 Berufung zur Bundesschiedskommission unter Bezugnahme auf das bisherige Vorbringen ein. Genosse K begründete seine Berufung vom 8.11.1976 mit Schriftsatz vom 22.11.1976. Er führte an, der Tatbestand sei mangelhaft aufgeklärt worden. Außerdem sei die Entscheidung der 1. Instanz zu spät zugestellt worden. Seine Schuld sei gering.

Die Bundesschiedskommission hat am 22.3.1977 einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, der wie folgt lautet:

1. Der Antragsgegner verpflichtet sich, für die Zeit von zwei Jahren auf die Bekleidung aller Funktionen für die Partei zu verzichten. Diese Zeit beginnt mit Zustellung der Entscheidung der Landesschiedskommission vom 4. Oktober 1976.
2. Der Antragsteller zieht seinen Antrag zurück.
3. Beide Parteien verpflichten sich, in Zukunft im Interesse der Partei einverständlich zusammenzuarbeiten.
4. Dieser Vergleich kann bis zum 14.4.1977 widerrufen werden.

Der Ortsverein H hat diesen Vergleich mit Schreiben vom 12. April 1977 widerrufen.

Der Berufungsantragsteller zu 1), K, beantragt

das Verfahren einzustellen,
hilfsweise,
das Verfahren gemäß § 27 Schiedsordnung an die Vorinstanz zurückzuverweisen.

Der Berufungsantragsteller zu 2), der Ortsverein H beantragt sinngemäß,

den Genossen K aus der Partei auszuschließen.

Zur weiteren Begründung seines Antrages bezieht er sich auf den Artikel vom 9. April 1977, in dem der Genosse K der SPD-Spitze Scheinhelligkeit bezüglich ihrer Haltung zu dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vorwirft.

In der mündlichen Verhandlung am 22.3.1977 in H[1] hat der Genosse K erklärt, er distanzieren sich nicht von dem Inhalt des Flugblattes "Skandal". Auf die Frage, warum er seinerzeit den Vergleich der Schiedskommission der ersten Instanz nicht eingehalten habe, machte er geltend, dies habe die Gegenseite auch nicht getan.

Im Laufe der Verhandlung wurde eine Dokumentation des Juso-Kreisvorstandes und Juso-Landesvorstandes zum Fall H überreicht, die zu einem Solidaritätspreis von 1,-- DM erworben werden kann.

Auf den weiteren Inhalt des Protokolls sowie das übrige Vorbringen der Parteien wird Bezug genommen.

Begründung

Die Berufungen sind gemäß § 26 der Schiedsordnung form- und fristgerecht eingelegt und begründet worden.

Der Antrag auf Zurückverweisung gemäß § 27 der Schiedsordnung ist unbegründet, da die Bundesschiedskommission in der mündlichen Verhandlung durch die Anhörung der Beteiligten und der Zeugen den Sachverhalt aufgeklärt hat. Verfahrensmäßige Fehler, die eine Einstellung oder Zurückverweisung des Verfahrens rechtfertigen, liegen nicht vor.

Der Genosse K hat gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen.

Wie die Zeugen bestätigt haben, hat sich der Genosse K unter vollem persönlichen Einsatz für die Durchsetzung seiner politischen Vorstellungen im Ortsverein eingesetzt. Jedem Mitglied der Partei steht das Recht zu, sich zu bemühen, in den zuständigen Gremien der Partei Mehrheiten für seine Auffassung zu gewinnen. Zu Recht hat jedoch die Vorinstanz es als bedenklich angesehen, daß der Genosse K zur Durchsetzung seiner Auffassung die ordentlichen Gerichte anrief. Das Parteiengesetz geht davon aus, daß vor Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte der Parteienweg durchlaufen wird. Ob der Genosse K sich daran gehalten hat, mag dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle liegen Verstöße vor, die zur Entscheidung der Bundesschiedskommission führen mußten.

Wer sich wie der Genosse K mit dem Inhalt eines Flugblattes identifiziert, das andere Genossen öffentlich in einer Weise angreift, die nicht toleriert werden kann, handelt gegen den Grundsatz der Solidarität.

Der Verstoß gegen den Vergleich vom 15.3.1975, der auch im Falle eines Widerrufs insofern bindend war, als der Vereinbarung widersprechende Aktivitäten bis zum 19. März 1975 7.30 Uhr zu unterlassen waren, verletzt die Ordnung der Partei und zeigt eine Rechtsauffassung, die mit dem notwendigen Funktionieren einer Solidargemeinschaft nicht vereinbar ist.

Ebensowenig kann gerechtfertigt werden, daß der Genosse K von sich aus nichts gegen den Vertrieb der Dokumentation über seinen Fall unternommen hat. Darin liegt ein Verstoß gegen § 17 der Schiedsordnung, nach der bis zum endgültigen Abschluß des Verfahrens "sich die Mitglieder der Schiedskommission und alle Beteiligten sowie der Beistand des Antragsgegners aller Äußerungen zur Sache außerhalb des Verfahrens zu enthalten" haben.

Die langwierigen öffentlichen Auseinandersetzungen, an denen der Genosse K maßgeblich beteiligt war, haben die Glaubwürdigkeit der Aussage der Partei in der Öffentlichkeit schwer beeinträchtigt. Er hat durch sein Verhalten der Partei geschadet.

Sein Antrag auf Einstellung wegen geringer Schuld und der unbedeutenden Folgen seines Verhaltens konnte nicht durchdringen.

Wenn die Bundesschiedskommission andererseits dem Antrag auf Ausschluß nicht entsprochen hat, so war dafür das Ergebnis der Beweisaufnahme von erheblicher Bedeutung. Die Bundesschiedskommission sah nach den Aussagen der Betroffenen und Zeugen keinen Zweifel, daß die Zerwürfnisse zwischen den beiden Gruppen im Ortsverein nicht auf das alleinige Verschulden einer Partei zurückzuführen sind. Auch die Gegenseite hat nicht darauf verzichtet, die unerfreulichen Streitigkeiten publik werden zu lassen. Es wurde auch berücksichtigt, daß der Genosse K sich durch widersprechende Entscheidungen in seiner Rechtsauffassung zumindest teilweise bestätigt fühlte.

Die Bundesschiedskommission sah unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte die von ihr gefällte Sanktion als ausreichend an. Dem Genossen K soll als Mitglied ohne besondere Funktionen die Chance eingeräumt werden, durch solidarisches Verhalten in die Gemeinschaft des Ortsvereins voll zurückzufinden.